

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,
Lebensqualität**
Kurzprotokoll
31. Sitzung

Berlin, den 15.04.2013, 13:15 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Sitzungssaal: E 700

Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S.7

Tagesordnungspunkt 1 S.8

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 4
hier: Kapitel Ordnungspolitik
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)96
 Kommissionsdrucksache 17(26)97
 Kommissionsdrucksache 17(26)119
 Kommissionsdrucksache 17(26)125

Tagesordnungspunkt 2 S.16

Schlussberatung und Abstimmung über den Abschlussbericht der Enquete-Kommission
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)102
 Kommissionsdrucksache 17(26)107 neu2
 Kommissionsdrucksache 17(26)123
 Kommissionsdrucksache 17(26)126 neu
 Kommissionsdrucksache 17(26)127
 Kommissionsdrucksache 17(26)128
 Kommissionsdrucksache 17(26)131
 Kommissionsdrucksache 17(26)139
 Kommissionsdrucksache 17(26)140

Tagesordnungspunkt 3 S.35

Verschiedenes



Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
 Montag, 15. April 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste



gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Bilger, Steffen	Göppel, Josef
Heider Dr., Matthias	Klamt, Ewa
Middelberg Dr., Mathias	Klimke, Jürgen
Nüßlein Dr., Georg	Linnemann Dr., Carsten
Vogelsang, Stefanie	Murmann Dr., Philipp
Zimmer Dr., Matthias	Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Arndt-Brauer, Ingrid	Groß, Michael
Bulmahn, Edelgard	Heil (Peine), Hubertus
Kolbe (Leipzig), Daniela	Kelber, Ulrich
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud	Schaaf, Anton
FDP		FDP	
Bernschneider, Florian	Kauch, Michael
Meierhofer, Horst	Simmling, Werner
Skudelny, Judith	Vogel (Lüdenscheid), Johannes
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Leidig, Sabine	Birkwald, Matthias W.
Lötzer, Ulla	Bulling-Schröter, Eva

Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "
Montag, 15. April 2013, 13:15 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u> Gambke Dr., Thomas 	<u>BÜ90/GR</u> Walter-Rosenheimer, Beate
Ott Dr., Hermann	Wilms Dr., Valerie	

Montag, 15. April 2013, 13:15 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

Bracht van, Georg

Brand Prof. Dr., Ulrich

Carstensen Prof. Dr., Kai

Habisch Prof. Dr., André

Hassel Prof. Dr., Anke

Hexel, Dietmar

Hölz Prof., Hanns Michael

Jänicke Prof. Dr., Martin

Jochimsen Prof. Dr., Beate

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter PD Dr., Norbert

Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert

Betzüge
Bracht van
Brand
Carstensen

Habisch
Hassel
Hexel
Hölz

Jänicke
Beate Jochimsen

Miegel
Müller

Paqué

Reuter
Schmidt

Schneidewind

Wagner

07/

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 15. April 2013, 13:15 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

.....

.....

SPD

.....

.....

FDP

.....

.....

DIE LINKE.

.....

.....

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

.....

.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

JULIA TODES

FDP

Alexander Mistlin

CDU/CSU

Alexander Bruns

SPD

Lucia Decker

Grüne

Jana Flemming

Linke

Regina Schaefer

FDP

Michael Vogt

Linke

Annett Gutschke

SPD

Beginn der Sitzung: 13:15 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) begrüßt die Anwesenden zur 31. und damit letzten Sitzung der Enquete-Kommission, die wie immer öffentlich sei und im Parlamentsfernsehen live übertragen werde. Sie gratuliert nachträglich den Abg. Ingrid Arndt-Brauer (SPD), Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) und dem SV Georg van Bracht zum Geburtstag und informiert darüber, dass der Vermerk über das Obleutegespräch vom 19. März 2013 am 21. März 2013 an alle Kommissionsmitglieder verteilt worden sei. Nachdem es zur Vereinbarung der Obleute keine Einwände gebe, werde entsprechend verfahren.

Im Folgenden kündigt die Vorsitzende die zu besprechenden Tagesordnungspunkte an. Den Schwerpunkt dieser Sitzung bilde zunächst das Kapitel Ordnungspolitik zu dem Berichtsbeitrag der Projektgruppe 4. Dieser sei bisher nur andiskutiert worden und werde abschließend beraten. Die Vorsitzende äußert sich zuversichtlich, diesen ersten Tagesordnungspunkt zügig abzuarbeiten. Danach solle der Abschlussbericht der Kommission, der es zu einem stattlichen Umfang gebracht habe, besprochen und abgestimmt werden. Schließlich werde es im Anschluss an die Sitzung einen kleinen Empfang geben, um die 28 Monate gemeinsamer Arbeit mit den Gästen zu würdigen. Dazu lädt die Vorsitzende alle Anwesenden einschließlich der Besucher und Vertreter der Presse herzlich ein.

Über den vorgeschlagenen Ablauf besteht bei der Kommission Einvernehmen.

Tagesordnungspunkt 1

Beratung und Beschluss über den Berichtsbeitrag der Projektgruppe 4

hier: Kapitel Ordnungspolitik

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)96

Kommissionsdrucksache 17(26)97

Kommissionsdrucksache 17(26)119

Kommissionsdrucksache 17(26)125

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stellt fest, der Bericht der Projektgruppe 4 sei in der Sitzung am 11. März 2013 behandelt worden. Das Kapitel zur ‚Ordnungspolitik‘ sei auf der Grundlage der Drucksachen 96 und 97 anberaten, aber nicht abgeschlossen worden. Inzwischen lägen neue Fassungen der Berichtsbeiträge auf Drucksache 119 und auf Drucksache 125 vor, die an alle Mitglieder verteilt worden seien. Diese seien die Grundlage für die weiteren Beratungen. Eine Empfehlung der Projektgruppe liege nicht vor, so dass über beide Texte abzustimmen sein werde. Für die Beratung sei ein Zeitrahmen bis 14:00 Uhr vorgesehen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué eröffnet seinen Redebeitrag mit der Anmerkung, dass er die Arbeit in der Enquete-Kommission sehr genossen habe. Im Anschluss an die persönlichen Anmerkungen spricht er über den Unterschied zwischen dem Koalitions- und dem Oppositionsentwurf, wie er sich aus den Kommissionsdrucksachen 17(26)119 und 17(26)125 in Hinsicht auf die Grundsätze einer nachhaltigen Ordnungspolitik herauskristalliere. Dieser Unterschied liege in dem Umgang mit der Frage, wie stark und wie „evolutionär“ oder wie „revolutionär“ sich die Soziale Marktwirtschaft an neue Herausforderungen anpassen müsse. Im Entwurf der Koalition sei darauf hingewiesen worden, dass sich die Soziale Marktwirtschaft, das „Deutsche Modell“ des „gezähmten Kapitalismus“, bewährt habe. Die soziale Marktwirtschaft habe nicht nur verschiedene historische Herausforderungen bedeutenden Ausmaßes gemeistert, sondern sich im Zuge dessen auch verändert. Seiner Meinung nach werde diese Leistung allzu oft unterschätzt. Diese Veränderungen hätten sich im Zuge ökologischer Fortschritte, der Verdauung der deutschen Einheit und politischen Reformen - insbesondere in der vergangenen Dekade - vollzogen. Deswegen gebe es überhaupt keinen Grund, in irgendeiner Weise an dieser erfolgreichen Grundlage zu rütteln. Es gebe jedoch eine Reihe von fundamentalen Herausforderungen. Zu jenen gehörten die Nachhaltigkeit der Innovationskraft, die über die letzten Jahrzehnte hinweg beobachtbaren moderaten, aber doch deutlichen Veränderungen bei der Verteilung innerhalb der Gesellschaft, Herausforderungen

der Nachhaltigkeit und Ökologie, die Entwicklung von Vermögensblasen, strukturelle Probleme mit den Staatsfinanzen und die Frage, inwieweit die individuelle Lebensführung vor allem mit Blick auf Externalitäten, die aus dem Konsum und den Produktionsmethoden resultieren, angepasst werden soll und muss. Die Veränderungen in vielen Bereichen seien vor allem durch die Globalisierung verschärft worden. Daher müssten dort auch globale Lösungen angestrebt werden. Es müsse ein pragmatischer Wandel stattfinden, in dessen Zuge der Staat zwar einen ordnungspolitischen Rahmen vorgebe, in dem die individuelle Freiheit ökonomischer Entscheidungen jedoch nicht übermäßig eingeschränkt werden dürfe. Im Zentrum dabei stünden im Einzelnen die Bedeutung der Innovationskraft und die Bildungspolitik mit Blick auf das Verhindern einer weiteren Auseinanderentwicklung der Einkommensverteilung. Denn Bildungspolitik setze an der Wurzel des Problems an. Sozialpolitik könne dagegen nur korrigierend wirken. Nicht zuletzt müsse der Wandel ökologisch verträglich erfolgen, ohne jedoch Ausweichreaktionen zu provozieren, die den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährden könnten. Schließlich fordert er eine angemessene Regulierung der Finanzmärkte sowie eine Abkehr der Lastenverschiebung auf künftige Generationen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) stellt in Erwiderung auf den vorherigen Wortbeitrag den Änderungsvorschlag der Opposition zur Kommissionsdrucksache 17(26)119, wie er seinerseits in der Kommissionsdrucksache 17(26)125 festgehalten wurde, vor. Da in Kapitel 1 des Kommissionsberichtes bereits ausführlich auf die Historie und die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft eingegangen worden sei, habe die Opposition in ihrem Gegenentwurf darauf verzichtet. Stattdessen habe sie sich darauf beschränkt, Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft zu beschreiben und Vorschläge zu formulieren, wie diesen zukünftig zu begegnen sei. Die globalen Herausforderungen, als welche sie insbesondere den Klimawandel, die andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich identifiziert, müssten von der Politik besser bewältigt werden. Um dies leisten zu können, sei eine umfassende Neuausrichtung des Ordnungsrechts notwendig. Es müsse die globalen Veränderungen in der Welt berücksichtigen. Denn es reiche nicht mehr aus, sowohl politische als auch wirtschaftliche Entwicklungen allein im nationalen Maßstab zu betrachten und zu bewerten. Im Kern gehe es um eine Neujustierung der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung unter den Bedingungen einer globalisierten Welt. Die im

Oppositionsentwurf zu Kapitel 1 vorgestellten Handlungsperspektiven seien dabei abgeleitet aus den handlungsleitenden Verfassungsnormen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Aus der vorgenommenen Problembeschreibung und den verfassungsrechtlich vorgegebenen Handlungsleitlinien seien Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung der Ordnungspolitik entwickelt worden. Diese solle sich an einem ressourcensparenden und umweltschonenden Wirtschafts- und Konsummodell orientieren, welches den Verbrauch natürlicher Ressourcen von Bewertungen zu Wohlstandsentwicklung und Wachstum entkopple und die Umweltbelastungen senke. Um eine Entwicklung in diesem Sinne voranzutreiben, müsse die Ordnungspolitik für eine Stabilisierung der Finanzmärkte sowie für eine nachhaltige Finanzpolitik Sorge tragen. Zudem müssten auch zukünftigen Generationen noch Handlungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Von Bedeutung seien darüber hinaus eine gerechte Steuergestaltung und eine bessere Innovationsförderung. Bei ihrer Beschreibung von Wegen zu einer nachhaltigen Entwicklung habe sich die Opposition an den drei Begriffen „Effizienz“, „Konsistenz“ und „Suffizienz“ orientiert. Zu den formulierten Kriterien für eine Evaluierung nachhaltig gestaltender Ordnungspolitik gehörten eine Prüfung der Wirksamkeit ordnungspolitischer Maßnahmen sowie ihrer positiven und negativen Begleiteffekte. Als weitere Kontrollkriterien werden Effizienzsteigerung und Verteilungsgerechtigkeit sowie die langfristige Umsetzbarkeit einer Maßnahme benannt. Darüber hinaus müsse eine nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik einen ebenso nachhaltig gestaltenden Rechtsrahmen schaffen. Dies könne unter anderem durch die Aufnahme dynamischer Ziel- und Grenzwerte, die Festlegung produktbezogener Normen und Standards ins Ordnungsrecht sowie durch eine verstärkte Einsetzung und Nutzung von Top-Runner-Programmen realisiert werden. Dabei dürften nicht nur Produkte, sondern müssten auch Produktionsprozesse stärker in das Ordnungsrecht einbezogen werden. Transparenz spiele hier eine wichtige Rolle, besonders wenn es darum gehe, auch die Konsumentinnen und Konsumenten in die Entwicklungen mit einzubeziehen. Schließlich müsse auch das Steuer- und Abgabensystem so umgestaltet werden, dass mehr Anreize für nachhaltiges Wirtschaften geboten würden. Die öffentliche Hand könne dabei durch entsprechende beschaffungspolitische Maßnahmen eine Vorbildfunktion für nachhaltiges Wirtschaften und Konsum übernehmen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) eröffnet im Anschluss an diesen Beitrag die Beratung zu den beiden vorgestellten Kommissionspapieren, die

jeweils als Repliken auf die Kommissionsdrucksachen 17(26)96 und 17(26)97 verfasst worden seien.

PD Dr. Norbert Reuter erläutert zunächst, warum sich die Opposition dazu entschlossen habe, einen eigenen Text zur Ordnungspolitik vorzulegen, und schließt mit einigen allgemeineren Anmerkungen zur Kommissionsdrucksache 17(26)119. So würden sowohl in der ersten als auch in der zweiten Fassung des Koalitionspapiers Behauptungen aufgestellt, die nicht unwidersprochen stehen gelassen werden könnten. Dazu gehöre die Einschätzung, dass ein radikales Umsteuern in der gegenwärtigen Ordnungspolitik und eine sozialökonomische Transformation nicht notwendig seien. Angesichts dramatischer Probleme in der Vermögensverteilung nicht nur in Deutschland sowie der anhaltenden Schuldenkrise halte die Opposition diese für sehr gewagte Aussagen. Mit der Kommissionsdrucksache 17(26)125 werde somit der notwendige Kontrapunkt zum Koalitionspapier gesetzt. Der Glaube, die Märkte allein würden es richten, habe sich schließlich als eine Fehleinschätzung mit verheerenden Folgen erwiesen.

Der Abg. Dr. Thomas Gambke (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich grundsätzlich der Kritik seines Vorredners an, weist aber gleichzeitig auf die positive Dynamik in der Entwicklung der Position der Koalition hin. Zum Thema Ordnungspolitik konstatiert er, dass dieses in den Diskussionen der Kommission insbesondere dort in den Mittelpunkt gerückt sei, wo man sich über Details zum Beispiel bei der Finanzmarktregulierung verständigt habe. Eine Auseinandersetzung mit solchen Details lasse der Koalitionsskizze zum Kapitel Ordnungspolitik dennoch gänzlich vermissen. Vor diesem Hintergrund lobt er das Papier der Opposition und die Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag in Einzelfragen hin zu einer nachhaltigeren Entwicklung, zum Beispiel vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe von Fukushima. Diese Fortschritte ließen in anderen Bereichen wie zum Beispiel der Finanzmarktpolitik, noch auf sich warten. Dies sei ein weiterer Grund dafür gewesen, ein separates Papier vorzulegen. In diesem seien sehr konkrete Handlungsvorschläge gemacht worden, die zwar angreifbar seien, die jedoch der Tiefe des Themas gerecht würden und als Grundlage für zukünftige Debatten dienen könnten.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke kritisiert, dass der Ordnungsrahmen „Nachhaltige Entwicklung“ in seinem wesentlichen Sinn sowohl im Koalitions- als auch im Oppositionspapier zu kurz gekommen sei. Denn in dem Maße, in dem der

Ordnungsrahmen intelligent gestaltet werde, würde auch Detailsteuerung vermieden werden. Detailsteuerung könne damit nur minimiert werden, wenn der Ordnungsrahmen stabil sei. Allein so könne ein nachhaltiges Wirken von Ordnungspolitik gewährleistet werden. Die Vorlage zweier separater Papiere erachtet er als sehr bedauerlich, würdigt jedoch deren positive Entwicklung und qualitative Verbesserung vom ersten hin zum zweiten vorgelegten Entwurf. Am Koalitionspapier bemängelt er den Widerspruch zwischen dem Zuspruch für mehr Innovation und der Ablehnung einer Vorreiterrolle. Ohne Vorreiter zu sein, könne es der Meinung des Sachverständigen nach keine Innovation geben. Er stimme daher unter Abwägung eher dem Oppositionspapier zu, zumal dort auch der rechtliche Rahmen empirisch besser dargestellt worden sei. Die Erfordernisse der Entwicklung einer nachhaltig gestaltenden Ordnungspolitik würden eindeutiger definiert als im Koalitionspapier. Abschließend bemängelt er die unzureichende Diskussion des Kapitels in der Enquete-Kommission.

SV Prof. Dr. André Habisch teilt die Ansicht seines Vorredners. Insbesondere zum Thema Ordnungspolitik, so kritisiert er, sei das Ziel, ein fraktionsübergreifendes Papier vorzulegen, nicht erreicht worden. Er schließt sich jedoch dem Koalitionspapier an und begründet dies mit einer wertepolitischen Entscheidung, die mit der Ordnungspolitik wesentlich verbunden sei. Prozess- und Ordnungspolitik beschreiben zwei verschiedene Dimensionen. Die Entscheidung für Ordnungspolitik würde im Gegensatz zur Prozesspolitik von einer Begrenztheit des Wissens ausgehen, der Begrenztheit politischer Voraussicht. In der Politik wisse man, dass prozesspolitische Eingriffe nicht immer zu der Umsetzung der Vorsätze, die mit dem Einsatz einer Maßnahme bezweckt worden seien, führten. Sie würden sich im Gegenteil oft sogar kontraproduktiv auswirken, gerade wenn es um so komplexe Themen wie die ökologische Umsteuerung gehe und gerade wenn man es mit internationalen Bezügen zu tun hätte. Die Komplexität sozialökonomischer und ökologischer Rückwirkungen steige genauso wie das Auftreten nicht-intendierter Wirkungen intentionalen Handelns. Vor dem Hintergrund dieser Unvorhersehbarkeit der Langzeitwirkungen habe sich die Erfahrung der sozialen Marktwirtschaft als sehr vorteilhaft erwiesen. Die Frage sei daher nicht, welche Vorgehensweisen von anderen Staaten übernommen werden könnten, sondern vielmehr, wie sich die soziale Marktwirtschaft an die veränderten Bedingungen anpassen ließe. In diesem Zusammenhang regt er eine weiterführende wissenschaftliche Untersuchung an, welche der Frage nachgehen könnte, wie politische

Strategien aussehen müssten, über die sich eine solche Vorreiterrolle konkret umsetzen ließe. Die Strukturen der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie sich in Deutschland herausgebildet hätten, sollten der Meinung des Sachverständigen nach beibehalten, weiterentwickelt und dynamisiert werden. Neuen Herausforderungen sollte auf Basis bewährter und sich als leistungsfähig erwiesener Werte und Handlungsmechanismen, wie sie die soziale Marktwirtschaft hervorgebracht habe, begegnet werden.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) merkt an, dass sich ihr einleitender Beitrag auf den ursprünglichen Entwurf des Koalitionspapiers Kommissionsdrucksache 17(26)96 und nicht auf die vorgestellte Kommissionsdrucksache 17(26)119 bezogen habe, da ihr der Änderungsentwurf nicht rechtzeitig vor der Sitzung vorgelegen habe. In der bisherigen Debatte, so unterstreicht sie, sei nicht ausreichend zum Ausdruck gekommen, dass ein Wandel hin zu einer nachhaltig gestaltenden Ordnungspolitik sich nur effektiv vollziehen lasse, wenn die zukünftig ergriffenen Maßnahmen über ein ausreichendes Maß an Kohärenz verfügten. Als problematisch erachtet die Abgeordnete, dass bisher ergriffene Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt seien, sondern im Gegenteil sogar im Widerspruch zueinander stünden. Die Kohärenz des ordnungsrechtlichen Rahmens sowie der fiskalischen Instrumente sei aber eine wesentliche Voraussetzung für das tatsächliche Gelingen eines Paradigmenwechsels hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Erfolgreich könne eine nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik nur sein, wenn die einzelnen Maßnahmen kohärent seien. Es gehe nicht nur um graduelle Schritte, sondern um eine grundlegende Neuausrichtung der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei müssten die drei von der Opposition formulierten Zieldimensionen - ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung - gleichberechtigt miteinander verknüpft werden. Schließlich sei es erforderlich, die langfristige Zielgenauigkeit und Wirksamkeit einzeln ergriffener Maßnahmen regelmäßig zu überprüfen. Dies sei sowohl für die Gestaltung des politischen Rahmens als auch des wirtschaftlichen und individuellen Konsumentenverhaltens entscheidend.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel weist in seinem Redebeitrag auf die Absurdität der Situation hin und bemängelt, dass Koalition und Opposition allein aufgrund des Zeitmangels zur Beratung des Kapitels unterschiedliche Papiere vorgelegt hätten. Im Kern bestünde Einigkeit zwischen den Parteien. Die Situation zwinge nun aber dazu, die vorgelegten Papiere im Dissens abzustimmen. Zudem kritisiert er die unklare Begriffswahl in den Papieren.

Die verwendeten Termini „Transformation“ und „grundlegende Weiterentwicklung“ seien inhaltlich im Kern nicht voneinander zu trennen. Denn eine Transformation könne eine grundlegende Weiterentwicklung bedeuten. Gleichzeitig könne eine grundlegende Weiterentwicklung durchaus in eine Transformation bestehender Zustände münden. Die bestehende Uneinigkeit über die Definition dieser beiden Bezeichnungen bringe die Enquete-Kommission nun in die missliche Lage, eine Entscheidung im Dissens zu treffen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) ermuntert SV Prof. Dr. Miegel zu einem Vorschlag zur möglichen Auflösung dieser Lage.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel schlägt vor, sich angesichts des begrenzten Zeitraums des Bestehens der Kommission über ein schriftliches Verfahren auf die Weiterbearbeitung des Themas zu verständigen. Ihm sei jedoch die Schwierigkeit eines solchen Vorgehens bewusst.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué widerspricht seinem Vorredner und erklärt, dass es durchaus einen Unterschied zwischen den beiden verwendeten Begriffen gäbe. Dieser sei allerdings nicht in der Semantik zu suchen, sondern werde aus den im Verlauf der Papiere formulierten Handlungsvorschlägen ersichtlich. So würden deutliche Unterschiede in der Akzentuierung der angeratenen Maßnahmen vorliegen. Insbesondere in den Diskussionen der Projektgruppen 1 und 4 sei deutlich geworden, dass die Vorstellung einer grundlegenden Transformation doch eine andere sei als die einer pragmatischen Weiterentwicklung. Zudem sei in der Kommissionsdrucksache 17(26)125 nun der bisher nicht verwendete Begriff der Neujustierung aufgetaucht, mit dessen Verwendung die Opposition doch Teilen der Koalition inhaltlich und terminologisch näher rücke und nicht umgekehrt. Mit dem von der Opposition verwendeten Begriff einer grundlegenden Weiterentwicklung hätte nichts anderes ausgedrückt werden sollen, als dass über den Weg kontinuierlicher Reformen die Soziale Marktwirtschaft weiterhin an die Herausforderungen einer sich immer weiter globalisierenden Welt angepasst werden solle und man sich eben nicht in eine große Transformation begeben wolle. In Erwiderung auf den Beitrag von SV Prof. Dr. Martin Jänicke bemerkt er, dass es einen grundlegenden Unterschied zwischen der Vorreiterrolle eines Unternehmens und der Vorreiterrolle eines Staates gebe, da der Staat durch den regulativen Rahmen, den er sich selbst setze, in seinem Handeln eine ganz andere Verantwortung übernehme als ein

einzelnes wirtschaftliches Unternehmen. Denn der Staat habe im Falle einer massiven Abwanderung privatwirtschaftlicher Betriebe infolge einer Neujustierung des regulativen Rahmens für die Ökonomie zu verantworten, dass die Wirtschafts- und Innovationskraft einer Volkswirtschaft negativ getroffen werde. Diese Verantwortung gehe weit über das hinaus, was ein privater Unternehmer zu bedenken habe. Daher sehe er überhaupt keinen Widerspruch darin, eine Vorreiterrolle einzunehmen, ohne jedoch innovative Wege in der Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu gehen. Die Marktwirtschaft sei ein Suchprozess, deren Ergebnis das Wachstum sei. Bei der staatlichen Rahmensetzung müsse daher im Auge behalten werden, dass immer auch unbeabsichtigte und für die Volkswirtschaft schädliche Nebenwirkungen auftreten könnten.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) schließt die Diskussion und ruft die Abstimmung auf.

Die Kommission spricht sich mehrheitlich bei 15 Gegenstimmen für die Annahme der Kommissionsdrucksache 17(26)119 und Aufnahme in den Kommissionsbericht als Mehrheitskapitel zum Thema Ordnungspolitik aus. Die Kommissionsdrucksache 17(26)125 werde dem Kapitel als Sondervotum im Abschlussbericht der Kommission hinzugefügt. Das Sekretariat werde ermächtigt, redaktionelle Anpassungen und Aktualisierungen bis zur Drucklegung der Bundestagsdrucksache vorzunehmen.

Tagesordnungspunkt 2

Schlussberatung und Abstimmung über den Abschlussbericht der Enquete-Kommission
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)102

Kommissionsdrucksache 17(26)107 neu2

Kommissionsdrucksache 17(26)123

Kommissionsdrucksache 17(26)126 neu

Kommissionsdrucksache 17(26)127

Kommissionsdrucksache 17(26)128

Kommissionsdrucksache 17(26)131

Kommissionsdrucksache 17(26)139

Kommissionsdrucksache 17(26)140

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) weist darauf hin, dass der Entwurf des Abschlussberichts am vergangenen Montag (8. April) an alle Mitglieder versandt worden sei (Drucksache 123). Er beinhalte alle von der Kommission bisher verabschiedeten Berichtsbeiträge der Projektgruppen, die zwischen den Obleuten vereinbarte Einleitung und die Sondervoten, die bis zur Drucklegung vorlagen. Ferner sei die Übersicht über die vorliegenden Sondervoten auf Drucksache 126neu verteilt worden. Die Übersicht solle als Orientierung für die Zuordnung der Sondervoten dienen und gehe als Anhang in den Bericht ein. Die im Berichtsentwurf bisher nicht enthaltenen Sondervoten seien grau hinterlegt. Diese lägen zusätzlich als Tischvorlage aus. Zum Gesamtbericht seien ferner auf Drucksache 141 der gemeinsame Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie das Sondervotum der Abg. Dr. Valerie Wilms auf Drucksache 142 verteilt worden. Die Projektgruppe 2 habe sich am vergangenen Donnerstag auf eine Bezeichnung und ein Signet für den Indikatorensatz geeinigt. Der entsprechende Änderungsantrag liege auf Drucksache 140 vor. Schließlich lägen der Änderungsantrag ‚Geschlechterpolitische und feministische Perspektiven auf Wohlstand und Lebensqualität‘ von SV Prof. Brand et al. - Drucksache 128 – sowie das Vorwort der Vorsitzenden auf Drucksache 143 vor.

Die Vorsitzende schlägt zur strukturellen Bearbeitung des Tagesordnungspunktes eine zweigeteilte Debatte vor. Es liege die Verständigung der Obleute vor, die Beratungen mit einer Fraktionsrunde zum Gesamtbericht zu eröffnen und Wortmeldungen zu vorliegenden Änderungsanträgen, Sondervoten sowie ggf. zum Abstimmungsverhalten zuzulassen. Danach werde den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, ihre Gedanken zur Enquete und der im

Gremium geleisteten Arbeit sowie Kritik zu äußern und Vorschläge dazu zu unterbreiten, wie mit den Ergebnissen der geleisteten Arbeit verfahren werden sollte.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (Bündnis 90/Die Grünen) eröffnet den Gedankenaustausch zur Arbeit der Kommission mit einer Danksagung an das Sekretariat für dessen unermüdlichen Einsatz, der wesentlich zur erfolgreichen und fristgerechten Vorlage des Berichtes beigetragen habe. Weiterer Dank gelte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordnetenbüros, den Kolleginnen und Kollegen der Projektgruppe 3 sowie dem Präsidium – der Vorsitzenden Abg. Daniela Kolbe, die, obwohl ebenfalls Neuling im Bundestag, den Vorsitz der Kommission sehr gut geleitet habe, und Abg. Dr. Matthias Zimmer, ihrem Stellvertreter. Die Kommission habe mit ihrer Arbeit die an sie gerichteten Erwartungen übertroffen. Zwar wäre ein Konsens wünschenswert gewesen, unter den gegebenen politischen Umständen sei dieser jedoch nicht realisierbar gewesen. Die Kommission habe es dennoch vermocht, einige wesentliche Problematiken erfolgreich und sogar im Konsens zu bearbeiten und zu beantworten. Zu einem solchen erreichten Konsens zähle die Einsicht, dass Wirtschaftswachstum niemals Zweck oder Ziel, sondern einzig Mittel der Politik sein dürfe. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde allerdings noch einen Schritt weitergehen. Sie betrachte Wirtschaftswachstum als untaugliches Mittel, da die Ökonomie das Versprechen, soziale Gerechtigkeit durch Wachstum herbeizuführen, nicht eingelöst habe. Darüber hinaus führe exponentielles ökonomisches Wachstum zu einer ökologischen Überlastung.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) schließt sich der Danksagung ihres Vorredners an. Sie teilt die Auffassung, dass die Kommission eine Fülle sehr guter Ergebnisse hervorgebracht habe und dass die Darstellung von Prozessen und Entwicklungen sowie die unterschiedlichen Auffassungen zu diesen im Bericht gut getroffen worden seien. Der Bericht stelle eine gelungene Grundlage für weiterführende Diskussionen dar. Sie hebt anerkennend hervor, dass mit der gemeinsamen Position über die Notwendigkeit einer absoluten Senkung des Ressourcenverbrauchs der Handlungsdruck auf die parlamentarischen Entscheidungsträger erhöht werde, auch wenn es nicht gelungen sei, gemeinsame Handlungsempfehlungen zu formulieren. Sie betont, dass sozialökologische Transformation keine Orientierung an Null-Wachstum oder wirtschaftlicher Schrumpfung bedeute. Die Wachstumsfrage dürfe jedoch nicht mehr im Zusammenhang mit Entwicklungszielen gestellt

und auch nicht als Bezugsgröße für die Verteilung von Reichtum und Beschäftigung in einer Gesellschaft herangezogen werden. Um eine sozial-ökologische Transformation zu erreichen, müssten andere Entwicklungsziele als bloßes wirtschaftliches Wachstum formuliert werden. Als Maßstab zur Bewertung von Entwicklung sollten eher Größen wie die Reduktion von Armut, die nachweisbare Schaffung zukunftsfähiger Beschäftigung und die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks herangezogen werden. Als weiteres wichtiges Ergebnis der Kommissionsdebatte benennt die Abgeordnete die teilweise Beantwortung der Frage, was Wohlstand für die Menschen einer Gesellschaft bedeute, wie sie Wohlstand definierten und erreichten. Sie bemängelt jedoch, dass in der Frage über einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator keine Einigkeit erzielt worden sei.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) schließt sich zunächst den Danksagungen an, bevor er die Ergebnisse der Enquete-Kommission, wie sie im Abschlussbericht vorliegen, aus Sicht der FDP bewertet. Besonders in der Projektgruppe 2 sei es mit der Entwicklung des Indikatorenatzes gelungen, einen gemeinsamen Beschluss zu fassen. Dies sei ein wesentlicher Erfolg, da der Indikatorenatz aus der Perspektive der FDP die Diskussion darüber, was Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in der deutschen Gesellschaft eigentlich bedeute, über das Ende der Enquete-Kommission hinaus trage. Er bezweifle jedoch, dass es der Kommission mit dem vorliegenden Bericht gelungen sei, breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. Es solle im Anschluss an die Kommissionsarbeit daran gearbeitet werden, den Bericht der breiten Bevölkerung inhaltlich zugänglicher zu machen. Des Weiteren stimme die FDP damit überein, dass Wachstum nicht als politisches Ziel zu formulieren sei. Im Gegensatz zur Fraktion DIE LINKE. vertrete die FDP jedoch die Ansicht, dass Wachstum auch keine politische Steuerungsgröße sei. Die Liberalen seien dagegen der festen Überzeugung, dass es einen ordnungspolitischen Rahmen brauche, damit Einzelentscheidungen sowohl von Politikern, wirtschaftlichen Unternehmen als auch von Konsumenten schließlich zu Wachstum führten. Diesen ordnungspolitischen Rahmen biete nach wie vor die Soziale Marktwirtschaft. Die sozialökologische Transformation, welche die Opposition in der Kommission vorgeschlagen habe, gehe dagegen über die angedachte Rahmensetzung hinaus und würde im Falle ihrer Umsetzung in eine gezielte Steuerung verschiedenster gesellschaftlicher Bereiche durch den Staat münden. Dies halte die FDP für keinen sinnvollen Weg. Dennoch erkenne sie die globalen Herausforderungen an, bezweifle aber gleichzeitig, ob das Einnehmen einer Vorreiterrolle, wie es die

Opposition vorgeschlagen habe, für die angestrebten Entwicklungen zielführend sei, wenn andere Länder nicht nachzögen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) stimmt zunächst in den Kanon der Dank-sagungen ihrer Vorredner ein, bevor sie zur Einschätzung der Arbeit der Enquete-Kommission übergeht. Die Kommission habe es mit dem Abschlussbericht vermocht, eine Grundlage für einen gesellschaftlichen Dialog über die Gestaltung unserer zukünftigen Lebenswelt vorzulegen. Es seien umfangreiche Vorschläge vorgelegt worden, die einerseits eine fachkundige Analyse der aktuellen Situation beinhalteten und andererseits eine Perspektive böten, wie in Zukunft die Probleme in der Wohlstands-entwicklung gelöst werden könnten. Hierbei sei man jedoch spürbar hinter den eigenen Möglichkeiten zurückgeblieben. Ressourcen vernichtendes Wachstum, so der Konsens in der Enquete-Kommission, gehöre nicht zu diesen Lösungen. Zu geeigneten Maßnahmen zählten jedoch nach Ansicht der Sozialdemokraten eine Beendigung des Raubbaus an natürlichen und menschlichen Ressourcen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Erwerbstätigen sowie eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Mehrwertes in der Gesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung müsse in Verbindung gebracht werden mit einer deutlich gesteigerten Ressourceneffizienz. Dazu beitragen könne die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft. Positiv äußert sie sich zur Stellungnahme des Verbandes der chemischen Industrie, welcher deutlich gemacht habe, dass die Frage nach einer nachhaltigen Entwicklung auch eine Frage der Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen sei. Anspruchsvolle Grenzwerte sowie fiskalische Anreize, die in den vergangenen 20 Jahren entwickelt worden seien, hätten die chemische Industrie in Deutschland heute in eine wesentlich bessere Wettbewerbsposition gebracht und gleichzeitig ressourcen- und umweltschonende Wirkungen gezeigt. Die Kommission habe diese Einschätzung in eine Reihe ihrer Handlungsvorschläge einfließen lassen. Für die nahe Zukunft sei es nun wichtig, diese Vorschläge stärker in die öffentliche Debatte einfließen zu lassen. Darüber hinaus betont sie in Erwiderung auf die Vorlage der Koalition, dass Verteilungsgerechtigkeit sehr wohl eine politische Steuerungsgröße sei. Politische Steuerung könne derart erfolgen, dass Verteilungsgerechtigkeit dem Spiel der gesellschaftlichen Kräfte überlassen bleibe, oder es könne der politischen Rahmensetzung ein Gesellschaftsbild zugrunde gelegt werden, in dem der Zusammenhalt in der Gesellschaft als ausdrückliches Ziel formuliert werde. Dies könne unter anderem über eine adäquate Steuerpolitik und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns erreicht

werden. Zudem gehe es bei politischer Steuerung nicht um detaillierte Vorschriften zu Produktionsprozessen, sondern um das Setzen von Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Entwicklung beförderten.

Abg. Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) folgt den Danksagungen nach und konstatiert, dass die Kommission und alle beteiligten Mitarbeiter großartige Arbeit geleistet hätten. Seine Freude drückt er über die lebendigen Debatten in den Projektgruppen aus. Er würdigt die konstruktive Zusammenarbeit vor allem bei der Analyse der Problematikbestände und zeigt Verständnis für den politischen Dissens bei der Formulierung der Lösungsvorschläge. Dies sei schlicht Ausdruck einer funktionierenden Demokratie. Hinsichtlich des Zieles „Wohlstand für alle“ würde jedoch ein fraktionsübergreifender Konsens bestehen. Deswegen gebe es keinen Grund, die Enquete zu einer gescheiterten Unternehmung zu erklären. Im Gegenteil habe sie vor allem in Hinsicht auf die Problemanalyse Bedeutung für die weiterführende gesellschaftliche Debatte. Mit Blick auf die formulierten Handlungsempfehlungen sei der Abschlussbericht zumindest aufschlussreich für die Wählerinnen und Wähler. Nachhaltigkeit sei zudem bereits im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verwurzelt und daher keine grüne Erfindung. Deswegen sei eine Transformation hin zu einer ökologischeren Ausrichtung nicht notwendig. Er unterstreicht, dass in der gesamten finanzpolitischen Debatte, die in der Arbeit der Enquete-Kommission auch eine Rolle gespielt habe, immer auch die Haushaltskonsolidierung ein wichtiges Thema gewesen sei. Irritiert habe ihn hier die Ansicht der Opposition, der Deutsche Staat habe ein Einnahmeproblem. Er bewertet schließlich die geleistete Arbeit der Projektgruppe 2 als wesentlichen Bezugskern für die weitere Debatte um die Themen Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) leitet über zur Besprechung der einzelnen Änderungsanträge und fordert die Mitglieder der Kommission dazu auf, ihre Kommentare dazu vorzutragen, um anschließend über den Abschlussbericht abzustimmen und zur Generalaussprache über die Arbeit der Enquete-Kommission überzugehen. Zum Umgang mit den oft erst kurz vor der Sitzung eingegangenen Sondervoten merkt die Vorsitzende an, dass Voten, die bis zum Ende der Sitzung an das Sekretariat übermittelt werden, noch in den Endbericht aufgenommen würden. Damit werde der Prozess jedoch abgeschlossen. Der Verfahrensweise wird zugestimmt.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) führt zum ersten vorliegenden Änderungsantrag 17(26)140 der Projektgruppe 2 ein, dass mehrere Vorschläge für die Namensgebung eines gemeinsamen Wohlstandsindikators diskutiert worden seien. Mit dem im Änderungsantrag formulierten Vorschlag „w³-Indikatoren 2013“ habe man schließlich ein wirkmächtiges und Aufmerksamkeit erregendes Bild kreiert. Der Buchstabe „w“ stehe dabei für Wohlstand, Well-being beziehungsweise Welfare, der Exponent für die drei Dimensionen „Ökologie“, „Soziales“ und „Ökonomie“. Die Indikatoren erklärten sich von selbst. Die Lage der drei herzformenden Bestandteile des Logos solle darüber hinaus die Dynamik von Wohlstandsentwicklung zum Ausdruck bringen. Die Herzform sei auch gewählt worden, weil sie eine Interaktion zwischen den Einzelindikatoren signalisiere und eine wertende Interpretation der Indikatorenanordnung vermeide. Damit habe man sich auf einen Agenturvorschlag geeinigt, der jedoch noch entwicklungsfähig sei. Von der Wort- und Bildmarke des Logos sei die Projektgruppe 2 jedoch einhellig überzeugt. Als besonderen Vorzug formuliert die Abgeordnete die vielfältigen Verbreitungsmöglichkeiten über Projektionen und interaktive Displays, die der Bevölkerung einen lebendigen Zu- und Umgang mit den Inhalten des neuen Wohlstandsindikators ermöglichen würden.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke stellt zur Farbsymbolik des Indikators die Frage, wieso sich die Projektgruppe 2 dazu entschieden habe, Ökologie mit der Farbe gelb und nicht mit der Farbe grün zu hinterlegen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) versichert SV Prof. Dr. Jänicke, dass es zu dieser Frage eine intensive, kontroverse, möglicherweise aber nicht für alle Teilnehmer befriedigende Debatte gegeben habe.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) weist SV Prof. Dr. Jänicke darauf hin, dass die Nationalfarben der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz mit Schwarz-Rot-Gold festgelegt worden seien und dass sich die Projektgruppe aufgrund der Orientierung an diesen Farben schließlich für die Farbe gelb entschieden habe. Die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine entsprechende Grundgesetzänderung zur Aufnahme der zusätzlichen Farbe grün habe zum Zeitpunkt der Beratungen über die Farbgebung des Logos nicht vorgelegen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Zuvor informiert sie die Anwesenden darüber, dass für den vorgestellten Indikator bisher keine markenrechtliche Prüfung erfolgt sei.

Der Änderungsantrag wird mit sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.

Im Anschluss an die Abstimmung ruft die Vorsitzende die Kommissionsdrucksache 17(26)128 auf. Beantragt worden sei, diesen Änderungsantrag nach der Zusammenfassung in den Gesamtbericht einzufügen. Die Vorsitzende ergreift im Namen ihrer Fraktion das Wort und bemerkt, dass sich die Kommissionsmitglieder der SPD darin einig seien, dass die feministische und gleichstellungspolitische Perspektive in der Arbeit der Enquete zu kurz gekommen sei. Aufgrund punktuell divergierender feministischer Grundeinstellungen habe man sich dem Sondervotum jedoch nicht angeschlossen und werde diesem auch nicht zustimmen. Dies solle jedoch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass die mit dem vorliegenden Sondervotum geleistete Arbeit als wertvoll für den Bericht betrachtet werde.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand ruft in Erinnerung, dass die Enquete-Kommission einen Geburtsfehler habe, der darin bestehe, dass aufgrund ihrer dezentralen Besetzung zunächst 17 männliche Sachverständige eingesetzt worden seien. Dies habe sich erfreulicherweise geändert. Um einer Verengung der Perspektive entgegenzuwirken, seien weibliche Sachverständige nachgerückt, sei ein Posten zur Bearbeitung des Genderthemas im Kommissionssekretariat geschaffen worden, haben zwei Plenarsitzungen zu geschlechterpolitischen Aspekten stattgefunden und habe es eine Expertise zu feministischen Perspektiven auf Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gegeben. In den Bericht der Enquete-Kommission sei zudem eine Hinweislampe zu nicht marktvermittelter Arbeit, insbesondere im Indikatorensatz und in den Berichtsteil der Projektgruppe 5 zum Thema Arbeit, eingebracht worden. Mit dem vorgelegten Änderungsantrag werde nun ein geschlechtersensibler Blick eröffnet, der eine sehr aufschlussreiche neue Perspektive auf die Krisendiagnose biete und viele Anregungen für ein breiteres Verständnis des Wohlstandsbegriffs gebe. Die feministische Debatte nehme bei der Krisendiagnose stärker in den Blick, dass die kapitalistische Ökonomie stark auf Trennungsstrukturen basiere. Die Reproduktion gerate in der Krise unter Druck. So intensiviere sich im Zuge der ökonomischen Krise die Fa-

milienarbeit, die zumeist von Frauen ausgeübt werde. Feministische Perspektiven würden schließlich die zunehmende Ökonomisierungstendenz von Reproduktionsarbeit in den Blick nehmen. In Bezug auf den Wohlstandsbegriff gingen sie davon aus, dass die lebensweltliche Dimension von größerer Bedeutung sei als wirtschaftliche Entwicklung. Sorge- und Freiwilligenarbeit seien neben ökonomischen Erwägungen Aspekte, die für die Definition von Wohlstand eine Rolle spielten. Aus feministischer Perspektive gebe es des Weiteren nicht nur die Pflicht zur Mäßigung angesichts zunehmender Beschleunigung der Lebenswelt, sondern auch ein Recht auf eine solche Mäßigung.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) lässt die anwesenden Kommissionsmitglieder abstimmen. Der auf Kommissionsdrucksache 17(26)128 vorgelegte Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand bittet um die Aufnahme als Sondervotum in den Abschlussbericht.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) schlägt aufgrund der Vorlage zahlreicher genereller Sondervoten, wie sie in der Übersicht auf Drucksache 17(26)126 neu zum Gesamtbericht und mit den Kommissionsdrucksachen 17(26)123, 17(26)131 und 17(26)139 vorgelegt worden seien, deren Zusammenfassung in einem separaten Kapitel „Sondervoten zum Gesamtbericht“ vor.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge wünscht dagegen, dass das Sondervotum 17(26)127 als ergänzende Materialie an das Kapitel 1 der Projektgruppe 4 angefügt werden solle.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stimmt dem zu und leitet über zur Besprechung des Änderungsantrages aus der Projektgruppe 3.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (Bündnis 90/Die Grünen) stellt das Sondervotum mündlich vor, welches eine getroffene Wortwahl der Projektgruppe 3 behandelt, die mögliche und in der Literatur diskutierte Strategien zur Lösung der globalen Umweltkrise beschreibt. Er bezieht sich auf Kapitel 7.1.3 des PG 3-Berichtsteils (Zeile 18 990). Aufgrund möglicher Fehlinterpretationen sei im Sondervotum eine veränderte Formulierung vorgeschlagen worden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) moderiert die Einzelbeiträge zu der konkreten Formulierung, woraufhin die Kommission einstimmig für die Formulierung stimmt: „Diese von der Enquete-Kommission nicht gewünschten Reaktionen werden wahrscheinlicher, wenn es nicht zu notwendigen Reformen kommt.“

Die Vorsitzende leitet über zum Sondervotum des Sachverständigen Michael Müller zur gesellschaftlichen Modernisierung auf Kommissionsdrucksache 17(26)107neu2 und kündigt die daran anschließende Beratung über den Umgang mit den Repliken auf dieses Papier an.

SV Michael Müller erklärt, dass das Kernproblem nicht in der Debatte über die Befürwortung oder Ablehnung des Kapitalismus liege, sondern in den folgenden drei eng miteinander verzahnten und sich teilweise gegenseitig verstärkenden Herausforderungen: Fehler aus der Ideengeschichte der Moderne, die sich seit der Industrialisierung zuspitzende immer wieder neu entstehende Ambivalenz der Moderne sowie eine erneute Entbettung der Märkte aus den gemeinschaftlichen Bindungen. Der zentrale Fehler in der Argumentation der Koalition bestehe darin, diese drei historisch zusammenkommenden großen Herausforderungen isoliert voneinander zu betrachten. Damit werde die Koalition der Komplexität des Gesamthemas nicht gerecht. In dem von ihm vorgelegten Sondervotum habe er nun den Versuch unternommen, die drei Fragen adäquat miteinander zu verkoppeln und herauszuarbeiten, dass der Prozess von permanenter Selbstproduktion von Gesellschaft sich heute in einer viel weitgreifenderen Dimension zeige als in der Vergangenheit. Der aktuell beobachtbare Prozess der beschleunigten, permanenten Selbstreproduktion sei zurückzuführen auf eine mangelnde politische und gesellschaftliche Verarbeitung dessen, was seit den 1970er Jahren sowohl in der deutschen Gesellschaft als auch international geschehen sei. Die große Chance der Enquete-Kommission habe darin bestanden, die drei genannten großen Herausforderungen im Zusammenhang zu diskutieren und schließlich auch Lösungen für die damit einhergehenden Fragestellungen zu entwickeln.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand bittet darum, bei der Besprechung der Sondervoten gleichzeitig die jeweiligen Repliken zu besprechen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) nimmt den Vorschlag auf und leitet zur Besprechung der Repliken zum Sondervotum über.

Der stellv. Vorsitzende Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) korrigiert, dass es sich bei dem von SV Michael Müller vorgestellten Sondervotum ursprünglich lediglich um einen Namensbeitrag gehandelt habe. Deshalb würden die vermeintlichen Repliken diesem Status nicht gerecht werden. Vielmehr seien sie als Kommentare zu werten. Vereinbart worden sei, diese Kommentare als Ergänzungen in den Bericht aufzunehmen. Er bittet darum, diese ergänzenden Beiträge dem Sondervotum 17(26)107neu2 später als Namensbeiträge beizufügen.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stimmt dem zu und geht über in die Besprechung des Namensbeitrags „Ideengeschichte des Fortschritts“, Kommissionsdrucksache 17(26)102, und dessen Repliken. Aufgrund von Unstimmigkeiten über den Abdruck der Repliken im Kommissionsbericht sollen sich die Mitglieder nun noch einmal dazu verständigen. Die Drucksache 17(26)102 werde dem Bericht als Anlage hinzugefügt.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) verweist auf ein Vorgespräch zu der aktuellen Sitzung und bestätigt, dass die Kommissionsmitglieder der Koalition zustimmen könnten, sowohl Repliken als auch die Replik auf eine der Repliken in den Abschlussbericht aufzunehmen.

SV Michael Müller stimmt dem zwar grundsätzlich zu, gibt aber zu bedenken, dass die Repliken nicht überbewertet werden sollten.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) stellt die Übereinstimmung zur Verfahrensweise fest. Sowohl die Kommissionsdrucksache 17(26)107neu2 als auch die Repliken darauf, werden in den Abschlussbericht der Enquete-Kommission aufgenommen.

Aufgrund des gesetzten Zeitrahmens für die Sitzung wird die Besprechung der vorliegenden Sondervoten damit abgeschlossen und von der Vorsitzenden die finale Version des Abschlussberichtes aufgerufen.

Die Kommission nimmt in der Gesamtabstimmung den Schlussbericht in der vorliegenden Fassung unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge sowie der Sondervoten einstimmig an.

Die Vorsitzende bedankt sich bei all jenen, die an der Tätigkeit der Enquete-Kommission mitgewirkt haben, insbesondere aber beim Kommissionssekretariat und den Fraktions- und Abgeordnetenmitarbeitern. Schließ-

lich zollt sie auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordnetenbüros die ihnen gebührende Anerkennung.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) eröffnet sodann die allgemeine Aussprache zur Arbeit der Enquete-Kommission sowie zum Abschlussbericht.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke bemerkt, dass der Bericht zwar viele Fragen offen lasse, sich die Arbeit und die teilweise heftigen Diskussionen aber insgesamt gelohnt hätten. Den Bericht bewerte er als ein Kompendium, welches sehr wichtige Informationen vermittele. So liege unter anderem mit dem Überblick über die Indikatoren, welche in anderen Ländern zur Wohlstandsmessung herangezogen werden, eine hervorragende Ausarbeitung vor. Die Kommission habe in ihrem Bericht viele wichtige Empfehlungen ausgesprochen. Zudem würden Befürworter des Emissionshandels viele Argumente für ihren Standpunkt finden. Persönlich bewertet er die Schlussfolgerung der Projektgruppe 1, dass Deutschland seit der rot-grünen Koalition ein hochinteressantes Experimentierfeld für nachhaltiges Wirtschaften geworden sei, als eines der zentralen Ergebnisse. Mit einem Wachstum von gerade einmal einem Prozent habe Deutschland die am weitesten fortgeschrittene ökologische Modernisierung in der Welt bewerkstelligt, ohne dabei auf dem Arbeitsmarkt, beim Export oder bei den öffentlichen Finanzen größere Einbußen hinnehmen zu müssen. Deutschland habe bei moderatem Wachstum wichtige Innovationen und Reformen bewirkt. Niedriges Wachstum könne daher keine Entschuldigung für Tatenlosigkeit sein. Der Bericht zeige jedoch auch die Schattenseiten der Entwicklung. So sei selbst die EU als Vorreiter im Klimaschutz weit davon entfernt, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Der Bericht sei in vieler Hinsicht nur ein Torso. Eine zusätzliche Untersuchung zur bisherigen Wachstumspolitik hätte den Schluss zugelassen, dass die enormen Anstrengungen, die in diesem Bereich betrieben würden, für eine Orientierung hin zu mehr Nachhaltigkeit des Wirtschaftens eingesetzt werden sollten. Zur Arbeitsweise der Enquete-Kommission bemerkt er, dass sie zwar über eine exzellente Geschäftsführung verfüge, aber auch einige strukturelle Defizite aufgewiesen habe. Sie sei erstens mit 34 Mitgliedern zu groß gewesen. Zweitens seien die Wissenschaftler von der Politik teilweise dominiert worden. Drittens hätten Abgeordnete, die kaum an den Sitzungen teilgenommen hätten, den Ausschlag bei Abstimmungen gegeben. Viertens seien die spärlichen Finanzmittel der Kommission nicht effektiv eingesetzt worden.

SV Prof. Hanns Michael Hölz beschreibt die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ als eine „Mutter der Enquete-Kommission“, da sie in ihrer Arbeit stets das Ziel von Politik – die Sicherung von Wohlstand und Lebensqualität für die Bevölkerung - reflektiert habe. Diese Facette sollte der Arbeit jeder anderen Enquete-Kommission zugrunde gelegt werden, nicht zuletzt weil die Rückbesinnung auf dieses grundlegende Ziel die verschiedenen Fraktionen schließlich zu einem Konsens geführt habe. Kritisch äußert er sich zum Schwerpunkt, den sich die Kommission in ihrer Arbeit gesetzt habe. Obwohl er selbst Ökonom sei, halte er die ökonomische Schwerpunktsetzung des Berichtes für übertrieben. Überlegungen zur gesellschaftlichen Teilhabe seien darüber zu kurz gekommen. Gewünscht habe er sich einen offenen Stakeholderprozess, in dem die Bevölkerung noch mehr in die Arbeit der Enquete mit einbezogen hätte werden können. Er wünsche sich ferner, mit dem Bericht auch ein Signal an die EU zu senden. Insbesondere der Indikatorensatz müsse deutschen Gesandten mit auf den Weg zu Verhandlungen und Diskussionen auf EU-Ebene gegeben werden, um ein breiteres Verständnis und Akzeptanz für die deutsche Position zu gewinnen. Des Weiteren schlägt er die Einrichtung eines runden Tisches mit den Staatssekretären der Ministerien vor, um eine nachhaltige Verbreitung der im Bericht zusammengetragenen Erkenntnisse zu gewährleisten.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.), Vorsitzende der Projektgruppe 5, kritisiert, dass in der Arbeit der Enquete-Kommission zu wenig über Demokratisierung gesprochen worden sei. Ihre Projektgruppe habe jedoch ein Gutachten zur Frage der Entgrenzung von Arbeit eingeholt. Zentral sei in diesem die Frage danach gewesen, welche Aspekte in der Gestaltung von Arbeitsplätzen und Arbeitsverhältnissen zu einem vermehrten Auftreten von Burn-out und psychischen Erkrankungen führe. Wer über die Bedingungen der Arbeit bestimme, spiele dabei eine entscheidende Rolle. Arbeitnehmer sollten deshalb verstärkt in die Organisation der Arbeitsabläufe einbezogen werden. Oft seien es eben nicht die vorgegebenen Managementkonzepte, die zu einem nachhaltigen Ergebnis der Arbeit führten, sondern Kriterien der Qualität und Arbeitszufriedenheit. Dem Aspekt der Demokratisierung von Arbeit müsse deshalb ein größerer Raum gegeben werden. Als weiteren Punkt spricht sie die Steuerung des Konsumverhaltens an. Die Art und Weise, wie Menschen konsumieren und was sie konsumieren, resultiere nicht allein aus individuellen Entscheidungen, sondern würde entscheidend durch gesellschaftliche Bedingungen, die Kultur und den angebotenen Möglichkeiten bestimmt. Indem öffentliche Räume nicht kommerziell, sondern als Räume der

Begegnung und der Kommunikation der Menschen gestaltet würden, könne der nachhaltige Konsum in der Bevölkerung gefördert werden. Es sei nötig sich intensiver mit der Frage zu beschäftigen, welche gesellschaftlichen Veränderungen herbeigeführt werden müssten, damit Menschen gerne und freiwillig nachhaltig konsumieren. Zur Verankerung der Ergebnisse der Arbeit der Enquete-Kommission in der Bundestagsverwaltung und bei den Staatssekretären bemerkt sie, dass man bereits Diskussionen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren begonnen habe. Damit sei ein wesentlicher Schritt hin zur Vermittlung und Verstetigung der Debatte auch in der breiten Bevölkerung gemacht worden.

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) mahnt die Redner ob der nun regelmäßig überschrittenen Redezeit zur Selbstdisziplin. Um das Sitzungsende nicht unnötig hinauszuzögern, schließt die Vorsitzende im Einvernehmen mit den Kommissionsmitgliedern die Redeliste, bevor sie dem nächsten Sachverständigen das Wort erteilt.

SV Prof. Dr. André Habisch knüpft an die Redebeiträge zum Suffizienzbegriff an. Er unterstütze die Verwendung des Begriffes im Bericht, glaube aber, dass es auch in der Politik Suffizienz geben müsse. Auch die Politik müsse sich Gedanken darüber machen, was sie im Sinne der Durchsetzung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung effektiv tun könne. An dieser Stelle habe die Kommission in ihrem Bericht einige Akzente gesetzt. Sie habe darüber hinaus so etwas wie eine Ordnungspolitik der Gesellschaft betrieben und Anregungen dafür vorgelegt, wie Akteure der einzelnen Gesellschaftsbereiche ihre Verantwortung in Hinsicht auf die Entwicklung nachhaltiger Lebensbedingungen wahrnehmen könnten. Der Diskurs um die nachhaltige Entwicklung müsse schließlich in die Gesellschaft zurückgespiegelt und ihre Akteure damit angeregt werden, selbst einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Nicht zuletzt die Soziale Marktwirtschaft sei prädestiniert dafür, ein Umdenken auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft zu bewirken. Dies habe sie in der Vergangenheit mehr als jede andere Gesellschaftsordnung bewiesen.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand spricht zunächst als Koordinator des Sondervotums 17(26)139. Es sei in der Arbeit an diesem Papier darum gegangen, einige Fragen, die in der zweijährigen Kommissionsarbeit aufgeworfen worden seien, zu präzisieren und zur Diskussion zu stellen. In dieser seien weder die Diskussionen zum Thema Wachstumstreiber noch jene zum

Wohlstandsbegriff zu Ende geführt worden. Dazu würde sich jedoch eine weiterführende Arbeit lohnen. Auch dem multiplen Charakter der Krise sei man nicht in vollem Umfang auf den Grund gegangen. Darüber hinaus werde mit dem Innovationsbegriff zwar freimütig umgegangen, inhaltlich werde er jedoch nicht beleuchtet. Zur Frage der Demokratie bemerkt er, dass die Verbindung von Demokratie und Nachhaltigkeit einen Verantwortlichkeit schaffenden Demokratiebegriff voraussetze. Verantwortlichkeit wiederum stehe stark im Zusammenhang mit der Erfahrung von Menschen. Es gehe daher nicht allein um Demokratie als Wahl für ein repräsentatives System, sondern auch darum wie sie als Instrument zur Verwirklichung einer solidarischen, nachhaltigen Welt zur Angelegenheit von Menschen werde. Ferner kritisiert er, dass der Stellenwert von Entwicklungs- und Schwellenländern in der Wachstumsdebatte zu kurz gekommen sei. Die Ambivalenzen des wirtschaftlichen Wachstums hätten sich an der Einbeziehung des Diskurses, der in diesen Ländern geführt werde, sehr gut darstellen lassen. Durch eine Berücksichtigung der Rolle von Entwicklungs- und Schwellenländern hätte die Kommission feststellen können, dass es die Pflicht der Industrieländer sei, den Druck zur Ressourcenextraktion auf diese Länder zu senken. Damit könnten diese einen konkreten Beitrag auch zur nachhaltigen Entwicklung im globalen Süden leisten. In der Kommissionsdrucksache 17(26)139 sei weiterhin dazu angeregt worden, die Arbeit der Enquete-Kommission weiterzuführen. Denn die Kommission habe der Politik mit ihrem Bericht die Spannbreite der Diskussionen und Möglichkeiten dargelegt und damit einen wertvollen Beitrag geleistet. Zur besseren Kommunikation und Verbreitung der Berichtsinhalte schlägt er vor, die Anregung seines Vorredners SV Prof. Hölz zu beherzigen.

Der Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) ist bei der Bewertung der Bedeutung des Berichtes vorsichtig. Ob der Bericht als Steinbruch für den Bau einer leuchtenden Kathedrale durch zukünftige Generationen erhalten könne oder ob er das Reich der Ideen grundsätzlich zu revolutionieren im Stande sein werde, liege nicht mehr in den Händen der Enquete-Kommission. Im Verlauf der Diskussion sei seine grundsätzliche Skepsis jedoch gewachsen. In Anbetracht der Ambivalenz der Moderne sei er zu der Einsicht gelangt, dass in ihrem Design ihr Scheitern wahrscheinlich schon vorprogrammiert sei. Die Kommission habe in ihrem Bericht daher nur Vorschläge zu Notoperationen vorgelegt, deren Ausgang ungewiss bliebe. Diese Grundannahme schein jedoch nicht repräsentativ zu sein. Außerdem habe die Kommission häufiger den Eindruck erweckt, dass es eine Eigendynamik des Erkenntnisinteresses

gegeben habe, die dazu angetan gewesen sei, über Fraktionsgrenzen hinaus zu wirken. Diese Eigendynamik sei in der Regel jedoch auch immer wieder unterbunden worden. Für zukünftige Enquete-Kommissionen wünsche er sich, ihr mehr Platz einzuräumen und dem Deutschen Bundestag schließlich die gemeinsam gesammelten Erkenntnisse ihrer Mitglieder zuzumuten und diese nicht der Fraktions- oder Parteidisziplin unterzuordnen.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert in Anlehnung an den Beitrag seines Vorredners, dass eine ergebnisoffene Problembeschreibung von den Mitgliedern der Koalition blockiert worden sei. Stattdessen hätten diese von vornherein auf dem Standpunkt beharrt, dass sich der bisherige Weg bewährt habe und dass nur kleinere Reformen nötig seien. Eine ergebnisoffene Prüfung der vergangenen Entwicklungen sei damit nicht möglich gewesen. Zwar sei der Text zur Finanzmarktreform - abgesehen von kleineren Sondervoten - im Konsens verabschiedet worden. Dies führt er jedoch auf den unmittelbaren Eindruck der Finanzmarktkrise zurück. Vor diesem Hintergrund sei es nicht gelungen, zentrale Aufgaben der Enquete-Kommission zu bearbeiten. Eine der zentralen Fragen, ob und wie gegebenenfalls das deutsche Sozialstaatsmodell die ökologischen, sozialen, demografischen und fiskalischen Herausforderungen auch mit geringen Wachstumsraten bewältigen könne, die im Einsetzungsbeschluss der Kommission formuliert worden sei, sei so nicht debattiert worden. Es habe lediglich eine Verständigung innerhalb der Opposition darüber stattgefunden. Viele Texte, die von den Sachverständigen der Koalition vorgelegt worden seien, würden im Gegensatz dazu eher die Frage nach Wegen zu einem höheren Wachstum thematisieren. Es habe der Koalition damit an der Bereitschaft gefehlt, sich ernsthaft mit den zentralen Fragen der Enquete-Kommission auseinanderzusetzen. Enttäuscht habe ihn darüber hinaus die Versteifung auf parteipolitische Perspektiven. Hätten es die Oppositionsparteien teilweise geschafft Konsenspapiere zu erarbeiten, hätten es die Koalitionsparteien nicht vermocht, in eine solche Zusammenarbeit einzusteigen. Im Gegenteil sei zu seinem Entsetzen die Zusammenarbeit der Opposition durch die Koalitionsparteien diffamiert worden. Positiv merkt er jedoch an, dass mit vereinzelt Kommissionsmitgliedern aus der Koalitionsfraktion konstruktive Debatten möglich gewesen seien. Zum Gesamtbericht äußert er sich positiv. Er berge viele Schätze und markiere einen Startpunkt für weiterführende gesellschaftliche Debatten.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge bewertet den Bericht zwar als beachtlich, er sei jedoch weder vollständig noch rund. Er stimmt den Kritikern zu, die bemängeln, dass der gesetzte Zeitrahmen weder der Größe noch der Breite der Fragestellungen angemessen gewesen sei. Zu diesem Ergebnis habe unter anderem die unzureichende Differenzierung zwischen althergebrachten ideologischen Auseinandersetzungen und tatsächlich neuen Aspekten beigetragen. Besonders zum Ausdruck sei dies bei den Diskussionen um den Stellenwert von Wachstum gekommen. Die drei wesentlichen Neuheiten, die in der Kommission grundsätzlich andiskutiert worden seien, seien die supranationale Wende, die Tatsache, dass die Kombination aus technologischen Entwicklungen und Globalisierung dazu geführt habe, dass die Gewinnmöglichkeiten für einzelne Akteure in der Gesellschaft gestiegen seien, und die digitalisierungsbedingten Veränderungen. Insbesondere der letzte Punkt sei in den Debatten der Enquete-Kommission allerdings fast völlig untergegangen. Auch die Herausforderungen durch die demografische Entwicklung hätten in der Kommission und insbesondere in der Projektgruppe 4 nur am Rande eine Rolle gespielt. Diese Spannungsfelder würden sich jedoch wesentlich von jenen unterscheiden, mit denen der Bundestag es noch vor dreißig bis vierzig Jahren zu tun gehabt habe. Schließlich betont er, dass die Rolle von Wissen bei der Bewältigung von Herausforderungen um Wachstum und Wohlstand stärker ins Blickfeld der Diskussionen rücken müsse. Wissen sei zentral. Als Wissenschaftler begreife man das Wachstum an Wissen zwar als Selbstzweck, aus diesem Verständnis würden sich jedoch Schlussfolgerungen ziehen lassen, die in der Arbeit der Kommission wiederum keine Betrachtung gefunden hätten.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) knüpft an den kritischen Beitrag des Sachverständigen an, indem sie die fehlende Vernetzung unterschiedlicher, sehr engagierter Betrachtungsweisen und Arbeiten im Hause beanstandet. Mit Bezug auf die Redebeiträge des SV Prof. Dr. Jänicke, verteidigt sie die Größe der Enquete-Kommission. Diese sei für die Arbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen optimal gewesen. Dort sei der Großteil der Arbeit der Kommission geleistet worden. Der Endbericht biete eine Grundlage für weiterführende Diskussionen und biete die Chance, sich dabei nicht mehr nur auf Einzelthemen zu konzentrieren, sondern diese vielmehr im Zusammenhang zu erörtern. Dies bedeute auch, dass sowohl der Deutsche Bundestag als auch die Bundesregierung vom Schubkastendenken weg zu einem umfassenderen Denken und Debattieren finden müsse.

SV Michael Müller erwidert auf den Beitrag seiner Vorrednerin, dass alle vier Enquete-Kommissionen, für die er bisher in unterschiedlicher Funktion tätig gewesen sei, sowohl mehr Zeit für die Beratung als auch ein weniger umfassendes Thema zu bearbeiten gehabt hätten. Das Thema der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ dagegen sei vergleichbar mit dem, was in der Nachkriegszeit aus historischen Erfahrungen heraus geleistet worden sei. Heute stehe man vor der Herausforderung, ohne historisch gewachsene Erfahrungen einen weitreichenden Umbau bewerkstelligen zu müssen. Er teile nicht die Ansicht des SV Prof. Dr. Bettzüge über die zentrale Bedeutung von Wachstum. Es sei vielmehr die Chiffre für eine Debatte über eine radikal veränderte Welt. Eine Reduzierung auf die Wachstumsfrage halte er für falsch. Die Herausforderung bestehe seiner Meinung nach darin, herauszufinden, ob die Antworten, die in einer anderen Welt entwickelt worden seien, auf die Herausforderungen der sich radikal verändernden Welt von heute noch anwendbar seien. Die Frage nach dem Umgang mit Wissen sei hierbei zwar ein zentraler, nicht aber der entscheidende Punkt. Von größerer Bedeutung sei vielmehr, wie die Zusammenhänge zwischen akkumuliertem Wissen und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen verstanden werden. Bedauerlich finde er, dass die Arbeit der Enquete-Kommission erst im Zuge entfallender Rosenmontagszüge, drei Jahre, nachdem sie ihre Arbeit aufgenommen habe, ins Interesse der medialen Öffentlichkeit gerückt sei. Die Kommission habe so mit ihrer Arbeit zwar das Unbehagen der Gesellschaft, nicht aber die rationale Debatte getroffen.

SV Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué beschränkt sich neben der einleitenden Bemerkung zur Freude an der Arbeit in der Kommission auf drei Punkte. Zur Kritik über die zu starke ökonomische Orientierung des Kommissionsberichts gibt er zu bedenken, dass Wachstum zunächst einmal ein ökonomisches Phänomen sei. Insofern müsse auch über die ökonomische Substanz von Wachstum gesprochen werden. Wenn jedoch die wachstumskritische Grundstimmung der Oppositionsparteien in Betracht gezogen würden, müsse auch die politische Bedeutung des Begriffes hinterfragt werden. Es könne nicht gelehnet werden, dass Wachstum auch zusätzliche Steuereinnahmen bedeute und all jenes, was erst die Verfolgung gesellschaftlicher Ziele ermögliche. Zweitens hätten ihm intensive Diskussionen darüber gefehlt, wie die vielen Veränderungen im Rahmen eines demokratischen Prozesses umgesetzt werden könnten. Die im Bericht gelieferten Antworten auf diese Frage hält er für zu oberflächlich. Für die Zukunft schlage er deshalb eine

weiterführende Diskussion vor, die den Bereich der Sozialphilosophie mit einbeziehen solle. Drittens beschäftige sich jede Enquete-Kommission mit dem ihr gegebenen Thema im Kontext einer bestimmten historischen Situation. Genau wie in Kommissionen in der Vergangenheit gewaltige Irrtümer begangen worden seien, werde höchstwahrscheinlich auch diese Enquete-Kommission Irrtümer begangen haben, denn selbst das gesammelte Expertenwissen solcher Kommissionen reiche nicht aus, um alle Eventualitäten der kommenden Entwicklungen abschätzen zu können. Die Arbeit der Kommission werde daher nicht ohne Wirkung bleiben. Er mahnt jedoch zu Bescheidenheit.

Abg. Dr. Thomas Gambke (Bündnis 90/Die Grünen) bittet seinen Vorredner darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass weder er noch der Rest der Oppositionsfraktionen Wachstum skeptisch gegenüber stünden. Es sei jedoch als Ergebnis, nicht als Ziel von Politik zu verstehen. Wenn Wohlstand und Lebensqualität vermehrt werden sollen, so sei Wachstum das Ziel. Daraus zu unterstellen, dass sich die Opposition grundsätzlich gegen Wachstum ausspreche, sei dagegen schlichtweg eine falsche Schlussfolgerung. In der Kommission sei zudem über Veränderungsprozesse gesprochen und über deren Ausmaß gestritten worden. Dabei habe man versucht, analytisch und rational zu den Veränderungsprozessen Stellung zu nehmen. Dennoch frage er sich, ob in der Wachstumsdebatte nicht emotionale Gesichtspunkte hätten stärker mit einbezogen werden sollen. Seiner Meinung nach sei dies unbedingt notwendig, um die gewünschten Veränderungsprozesse herbeizuführen.

SV Dietmar Hexel hält den SV Prof. Dr. Bettzüge für zu pessimistisch. Seiner Ansicht nach existierten zwischen den Polen Supranationalismus und Katastrophe einige Alternativen. Enttäuscht habe ihn, dass mit Ausnahme der theoretischen Betrachtungen und Modelle, die schließlich Eingang in den Kommissionsendbericht gefunden hätten, die Mitglieder sich auf keine gemeinsamen Handlungsempfehlungen einigen konnten. Wissen sei zwar zentral, es sei jedoch unfruchtbar, wenn es nicht benutzt werde. Die Arbeit der Kommission sei daher insoweit unbefriedigend, als dass es ihre Mitglieder nicht vermocht hätten, den Parlamentariern konkrete Handlungsempfehlungen zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen an die Hand zu geben.

Abg. Dr. Hermann E. Ott (Bündnis 90/Die Grünen) richtet schließlich noch einige persönliche Worte an die Kommission. Er dankt den Kolleginnen und Kollegen aus den Projektgruppen 3 und 5 sowie Abg. Dr. Zimmer und SV Prof. Dr. Bettzüge aus der Koalition. In beiden Projektgruppen sei das Erkenntnisinteresse stets vorn angestellt worden. Gemeinsam sei man schließlich intelligenter als allein. Dies habe nichts mit formaler Intelligenz zu tun, sondern damit, dass in gegenseitiger Kooperation unterschiedliche Gesichtspunkte in die Arbeit Einzug hielten. Anders als im Parlament seien im Bericht unterschiedliche Meinungen zugelassen worden. Eine solche Arbeitsweise wünsche er sich auch für zukünftige Enquete-Kommissionen.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Die Vorsitzende Abg. Daniela Kolbe (SPD) schließt die Sitzung und bedankt sich abermals bei den Anwesenden.

Schluss der Sitzung: 16:53 Uhr

Os/Hae/Up/Wa

A handwritten signature in blue ink that reads "Daniela Kolbe". The signature is written in a cursive, flowing style.

Daniela Kolbe, MdB
Vorsitzende